

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Boris Pistorius ist neuer Verteidigungsminister

Stärkung für die Region

Am 19. Januar hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Boris Pistorius zum neuen Bundesminister der Verteidigung ernannt. Er tritt die Nachfolge von Christine Lambrecht an, die ihren Rücktritt erklärt hat.

Ich freue mich sehr über diese Wahl, die unsere Region stärkt – denn als Osnabrücker kommt Boris Pistorius aus „unserem“ Bezirk Weser-Ems. Für mich ist auch klar, dass Boris' Erfahrung als niedersächsischer Innenminister ihn für diesen Job empfiehlt. Er hat das Innenministerium zehn Jahre lang tadellos und kompetent geführt, hat in Zeiten der terroristischen Bedrohung durch Islamisten und Rechtsextremisten immer Sicherheit gegeben. Das ist keine kleine Leistung.

Boris hat immer eine klare Sprache gepflegt. Aber er war nie jemand, der glaubte, als Innenminister den starken Mann markieren zu müssen. Für irgendwelche Law-and-Order-Überbietungswettbewerbe der CDU hat er sich nie hergegeben. Statt dessen gilt bei ihm demokratisches Maß und Mitte. Besonders stark hat er sich immer gegen die Bedrohung der Demokratie von rechts außen engagiert.

Als Bundesminister der Verteidigung wird es Boris' Aufgabe sein, die Bundeswehr zu stärken und einsatzbereit zu machen. Dabei hilft ihm das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das wir im Parlament beschlossen haben. Ich freue mich darauf, Boris' Arbeit im Haushaltsausschuss zu begleiten!

Moin!

Politisch hat das Jahr mit einem Paukenschlag begonnen: Boris Pistorius hat Christine Lambrecht an der Spitze des Bundesministeriums der Verteidigung abgelöst. Warum ich Boris für eine ausgezeichnete Wahl halte, lest ihr links.

Mittlerweile haben die Sitzungswochen des Bundestages wieder begonnen. Einen wichtigen Beschluss möchte ich hervorheben: Im Parlament haben wir auf Antrag der Koalitionsfraktionen die Gräueltaten des „Islamischen Staates“ gegen die Yezidinnen und Yeziden im Nordirak ab 2014 als Völkermord anerkannt. Das ist ein wichtiges Signal an die vielen Yezidinnen und Yeziden in Oldenburg. Diese Verbrechen dürfen nicht vergessen werden. Dazu hat der Bundestag nun einen Beitrag geleistet.

Übrigens: Im Februar habt ihr erneut die Gelegenheit, mit unseren Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange sowie mir ins Gespräch zu kommen. Bei „75 Minuten Klartext“ stehen wir euch am 25. Februar im Café Herz in Oldenburg Rede und Antwort. Näheres erfahrt ihr auf meiner Homepage. Ich freue mich auf eure Fragen!

Ever 10.15

Hohe Energiepreise werden abgefedert

Bremsen für Gas, Strom und weitere Energieträger

Damit Energie bezahlbar bleibt, greifen wir in der Ampel-Koalition tief in die Tasche. Ganze 200 Milliarden Euro wird die Bundesregierung über die kommenden zweieinhalb Jahre zur Verfügung stellen, um die Energiepreise zu deckeln.

Der Strompreis wird für 80% des Vorjahresverbrauchs bei 40 Cent pro Kilowattstunde und der Gaspreis für 80% des Vorjahresverbrauchs bei 12 Cent pro Kilowattstunde für Gas und 9,5 Cent pro Kilowattstunde für Fernwärme gedeckelt. Als Anreiz, Energie einzusparen, wird bei einem Verbrauch von weniger als 80% der

aktuelle Preis je Kilowattstunde auf die Differenz zum Wert von 80% bei der Jahresendabrechnung erstattet.

Zudem verbessern wir die Investitionsbedingungen für Erneuerbare Energien. Die Bundesnetzagentur bekommt die Möglichkeit, die Höchstwerte für Ausschreibungen bei Wind an Land und Photovoltaik um 25% anzuheben.

Neben den üblichen Gas- und Fernwärmeheizungen gibt es auch viele Wohnungen, die mit nicht leitungsgebundenen Energieträgern beheizt werden. Deshalb richten wir

einen Härtefallfonds für Brennstoffe wie etwa Heizöl oder Flüssiggas in Höhe von 1,8 Milliarden Euro ein. Analog zur Gas- und Strompreisbremse können 80 Prozent der Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Vorjahrespreises übersteigen, erstattet werden.

Als Haushälter ist mir besonders wichtig, dass Unternehmen, die hohe Zuschüsse erhalten, keine Boni oder Dividenden auszahlen. Bei Zuschüssen über 23 Millionen Euro dürfen die Boni nicht erhöht und bei mehr als 50 Millionen Euro dürfen gar keine mehr ausgezahlt werden.

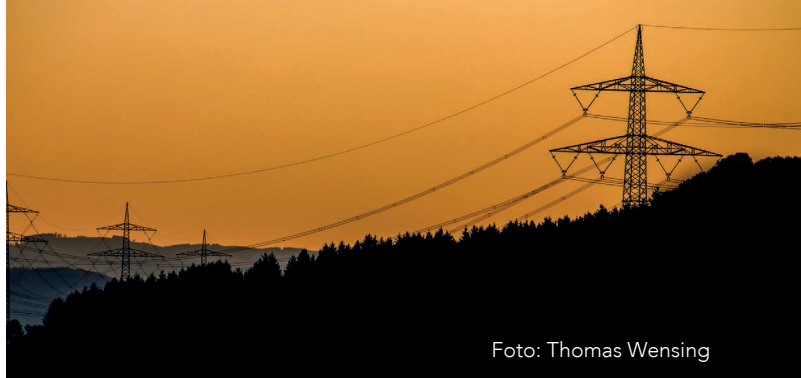


Foto: Thomas Wensing

HINTER DEN KULISSEN Öffentliche Sitzungen der Ausschüsse

Neue Regeln führen zu mehr Transparenz

In den Ausschüssen wird die Facharbeit des Bundestages erledigt. Doch während die Plenardebatten laufend im Fernsehen und im Internet übertragen werden, ist das bei Ausschusssitzungen seltener der Fall. Gibt es dennoch die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Ausschüsse zu blicken? Ja! Und wir haben die Regeln gerade erst für mehr Transparenz angepasst.

Bisher tagten die Ausschüsse des Bundestages grundsätzlich nichtöffentlich, konnten ihre Sitzungen jedoch zu besonderen Anlässen öffnen.

Häufig sind das öffentliche Anhörungen oder Fachgespräche, die dann VertreterInnen der Presse zulassen und per Livestream übertragen werden. Im Dezember haben wir nun beschlossen, dass die Ausschüsse sich entscheiden sollen, ob sie grundsätzlich öffentlich oder nichtöffentlich tagen. Öffentliche Sitzungen sollen im Internet übertragen werden.

Übrigens: Öffentliche Ausschusssitzungen könnt ihr nicht nur im Internet, sondern auch vor Ort in Berlin verfolgen. Je nach Verfügbarkeit von

Plätzen genügt es oftmals, sich per Mail beim jeweiligen Ausschusse-kretariat anzumelden. Besucherinnen und Besucher nehmen auf der Galerie im oberen Teil des Ausschusssaals Platz. Ein Rederecht haben sie allerdings nicht.

Es gibt einige Gremien, die regelmäßig heikle oder vertrauliche Inhalte verhandeln und daher dauerhaft nichtöffentlich tagen. Dazu gehört z.B. das Parlamentarische Kontrollgremium, aber auch der Haushaltsausschuss.



Deutscher Bundestag / Achim Melde

Investitionen in den Schienenverkehr

Pro Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für ÖPNV

Wirksamen Klimaschutz kann es nur mit einer Verkehrswende geben. Das heißt: Wir müssen den öffentlichen Personenverkehr ausbauen und attraktiv machen. Dazu haben wir jetzt einen wichtigen Schritt getan.

Durch eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes fließt nun jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich in den schienengebundenen Nahverkehr. Dadurch schaffen wir eine wichtige Grundlage für die bundesweite Nachfolge des immens erfolgreichen Neun-Euro-Tickets. Damit werden die Gesamtmittel für die Schiene um 3% jährlich erhöht. Bis 2031 ste-

hen rund 17 Milliarden Euro mehr für öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung.

In einem weiteren Schritt braucht es zügig die Grundlage für das Deutschlandticket. Nachdem Bund und Länder die grundsätzliche Finanzierung vereinbart haben, ist klar, dass das Deutschlandticket kommen wird. Die Länder und das Verkehrsministerium müssen nun zügig die rechtlichen Grundlagen abstimmen, damit einer frühestmöglichen Einführung des bundesweiten Tickets nichts mehr im Wege steht. Das bundesweit gültige Nahverkehrsticket für 49 Euro im

Monat ist ein wichtiger Baustein für die Mobilitätswende und stellt eine Revolution für den öffentlichen Nahverkehr dar.

Gerade für unsere Region ist das Regionalisierungsgesetz besonders wichtig, da es in Oldenburg und im Ammerland viel Potenzial für den Ausbau der Schiene gibt. So können wir mehr Möglichkeiten schaffen, bequem auf den öffentlichen Personen-nahverkehr umzusteigen. Ich freue mich darauf, die Umsetzung dieser Mittel mit meinen Landtagskolleginnen und -kollegen begleiten zu können.



Foto: Horst Schröder / pixelio.de

POLITISCHE BILDUNG Demokratieförder- gesetz kommt

Gesetzentwurf im Bundeskabinett beschlossen

Demokratie heißt, dass wir zusammen diskutieren und beschließen, was in unserem Land passiert. Doch diese Freiheit ist nicht selbstverständlich. Rechtsterroristische Anschläge und Hetze im Internet und in extremistischen Medien zeigen deutlich: Es gibt Feinde der Demokratie. Gegen sie wollen wir auch mit politischer Bildung kämpfen.

Im Dezember hat die Bundesregierung sich auf das Demokratieförderungsgesetz geeinigt. Als Nächstes kommt der Entwurf nun in den Bundestag,

wo wir ihn auf Herz und Nieren prüfen werden.

Was steht im Gesetzentwurf? Erstmals schaffen wir einen gesetzlichen Auftrag für den Bund, um zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie zu erhalten und zu stärken. Die Förderung von Projekten zur Demokratie bekommt dabei erstmals einen gesetzlichen Rahmen.

Wir wollen zudem, dass die Förderung von derartigen Projekten verstetigt wird. Bislang mussten sich

entsprechende Initiativen oftmals von Förderantrag zu Förderantrag hangeln. Nun wollen wir es möglich machen, mehr Projekte auch über mehrere Jahre umzusetzen.

Zudem soll es verstärkte Möglichkeiten geben, diese auch für Erwachsene anzubieten. Die bisherige Förderlandschaft hat sich stark an jungen Menschen orientiert. Doch die Erfahrung zeigt, dass Extremisten auch und gerade Menschen mittleren Alters anzusprechen versuchen. Hier müssen wir flexibler werden.



Foto: Bürgerrat Demokratie Leipzig



Foto: Dr. Wendy Longo

Das Lieferkettengesetz ist da: Unternehmen in der Pflicht

Wichtiges Zeichen für Menschenrechte

Am 1. Januar 2023 ist das Lieferkettengesetz in Kraft getreten. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen im Kampf gegen Ausbeutung: ein sozialdemokratischer Erfolg, auf den ich stolz bin.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (kurz LkSG) soll die Menschenrechte in globalen Lieferketten sichern und verbessern. Der Fokus liegt auf dem Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit. Aber auch Umweltinteressen sind von Bedeutung. Von dem neuen Gesetz sind zunächst Unternehmen ab einer Größe von 3000 Mitarbeitern betroffen. Ab

2024 werden dann alle inländischen Unternehmen ab 1000 Beschäftigten erfasst. Dazu zählen auch deutsche Tochterunternehmen ausländischer Betriebe mit Sitz in Deutschland.

Ich freue mich, dass wir diesen so wichtigen Schritt geschafft haben. Vielleicht erinnert ihr euch: In der letzten Legislaturperiode setzte sich eine breit angelegte Kampagne aus Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen für ein Lieferkettengesetz ein, die CDU blockierte jedoch lange. Auch ich habe damals Gespräche mit Engagierten aus meinem Wahlkreis geführt.

Weniger Bürokratie für Photovoltaik

Erleichterungen für private Betreiber

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, den Ausbau von Photovoltaik voranzutreiben. Doch private Betreiberinnen und Betreiber hatten bisher eine kaum überschaubare Anzahl an steuerlichen Erklärungspflichten zu leisten. Das haben wir nun mit dem Jahressteuergesetz 2022 verbessert.

Anlagen mit einer Leistung von bis zu 30 Kilowatt befreien wir von der Ertragssteuer. Weiterhin senken wir den Umsatzsteuerersatz zur Liefere-

rung und Installation der Anlagen auf null und erweitern die Befugnis zur Beratung von Lohnsteuerhilfevereinen. Dadurch ist es Bürgerinnen und Bürgern möglich, sich für die bürokratiearme Kleinunternehmerregelung zu entscheiden, ohne durch die Umsatzsteuer einen höheren Anschaffungspreis zahlen zu müssen. Auch die Anmeldung zur Umsatzsteuer, ein erheblicher Bürokratieaufwand, fällt weg. Das alles macht den „Privaten“ das Leben leichter und bringt die Energiewende voran.



Foto: Marcus Windus

Das Abebben der Corona-Pandemie macht es möglich: Seit einiger Zeit veranstalte ich wieder persönliche Sprechstunden in meinem Oldenburger Wahlkreisbüro. Die nächste Gelegenheit, mich anzutreffen und mir eure Anliegen zu schildern, habt ihr am:

Donnerstag, 02. Februar
ab 13.00 Uhr
Huntestraße 23,
26135 Oldenburg.

Um einen Termin zu vereinbaren, steht euch mein Wahlkreisbüro unter **0441 99 86 76 01** oder per Mail an **dennis.rohde@bundestag.de** zur Verfügung. Ich freue mich auf gute Gespräche und eure politischen Anregungen!

DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde